



Video: Maybrit Illner – Kuschen vor Erdogan?

Ein Satirebeitrag avanciert zur Staatsaffäre. Ein islamischer Herrenmensch springt beleidigt im Dreieck, weil in Deutschland ein ZDF-Kasper, „mutig“ wie ein Pinscher an der Leine seines Herren, gekläfft hat. An sich wäre die „[Affäre Böhmermann](#)“ nur eine Steilvorlage für eine weitere Satire. Wäre da nicht der faule Deal der Kanzlerin, der sie und Deutschland dem Goodwill des beleidigten, türkischen Paschas ausliefert. Wie hoch wird der Preis sein, den wir für dieses Abkommen zu bezahlen haben? Hat Merkel am Ende auch unsere Werte feilgeboten?

[Maybrit Illner fragt um 22.15 Uhr im ZDF](#): „Wie erpressbar ist Europa?“

Die Gäste sind: CSU -Generalsekretär Andreas Scheuer; Jean Asselborn (Außenminister Luxemburg) sieht im Türkei-Deal das „[Resultat aus Unfähigkeit der EU](#)„; Özlem Topcu, türkisch-islamisches U-Boot bei der ZEIT, die den Deutschen die eigene Identität“ [sowieso abspricht](#); Bülent Bilgi, Generalsekretär Union Europäisch-Türkischer Demokraten (UETD) erwartet von Böhmermann [eine Entschuldigung](#) und der Kabarettist Oliver Kalkofe.

- » Email: maybrit-illner@zdf.de
 - » [Chat, Twitter, Facebook, Youtube, Forum](#)
-



Merkel liefert unser Volk dem Islam aus



Sehr geehrter Herr Kauder, Sie haben nicht den Mut, der Bundeskanzlerin wegen ihrer deutschfeindlichen Politik entgegenzutreten. Frau Merkel wird unser Volk der Diktatur des Islam ausliefern. Wenn der Islam die Macht ergreift, ist es aus mit Freiheit und Wohlstand für alle. Beschämend ist, daß unsere Politiker bezüglich des Islam über keine ausreichenden Sachkenntnisse verfügen.

(Von Dr. Hans Penner)

Islam ist die Unterwerfung unter die totalitäre Ideologie des Mohammed, die im Koran unabänderlich festgelegt ist und göttliche Autorität beansprucht. Gezielt verdrängen unsere Politiker, daß der Islam auf keinen Fall mit dem Grundgesetz vereinbar ist, sondern seinen Anhängern Verpflichtungen auferlegt, die grundgesetzwidrig sind. Permanent wird verschwiegen, daß der Islam seinen Anhängern die Integration

in unsere Gesellschaft verbietet und die Herrschaft über Deutschland anstrebt.

Wie fördert Frau Merkel die Islamisierung Deutschlands?

1. Unter dem Vorsitz von Frau Merkel wird die CDU wahrscheinlich mit einer Partei koalieren, die von einem Moslem geleitet wird, trotz Ihrer Aussage „Eine stolze Volkspartei läuft den Grünen nicht hinterher“ (SZ 01.12.2012).

2. [„Merkels Böhmermann-Skandal](#) ist vor allem ein unglaublicher Kotau vor einem Despoten aus Ankara“. Erdogan ist ein islamischer Diktator.

3. Frau Merkel hat den Islam zum Bestandteil Deutschlands erklärt und ihn damit legitimiert. Dadurch hat sie der Islamisierung Deutschlands Tür und Tor geöffnet. Frau Merkel forciert die Einwanderung von Islam-Anhängern.

4. Unter der Regierung Merkel wurde die Lehre des Islam an Schulen und Hochschulen trotz Gesetzwidrigkeit erlaubt. Islamische Institute wurden [mit bisher 20 Millionen Euro gefördert](#).

5. Unter der Regierung Merkel sind islamische Stadtteile entstanden, die der deutschen Gerichtsbarkeit weitgehend entzogen sind.

6. Frau Merkel täuscht die Bevölkerung über den Islam. Es gibt keinen „Euro-Islam“, der mit unseren Wertvorstellungen vereinbar wäre. Es gibt keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Islam und Islamismus.

Ich hoffe, daß durch eine Verbreitung dieses Schreibens die Wahlchancen der CDU vermindert werden.

Mit freundlichen Grüßen

Hans Penner

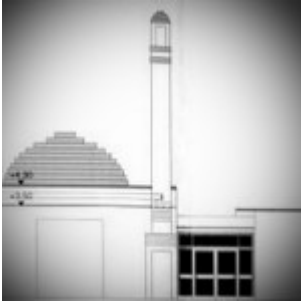


Beck kauft sich frei – Ermittlungen eingestellt

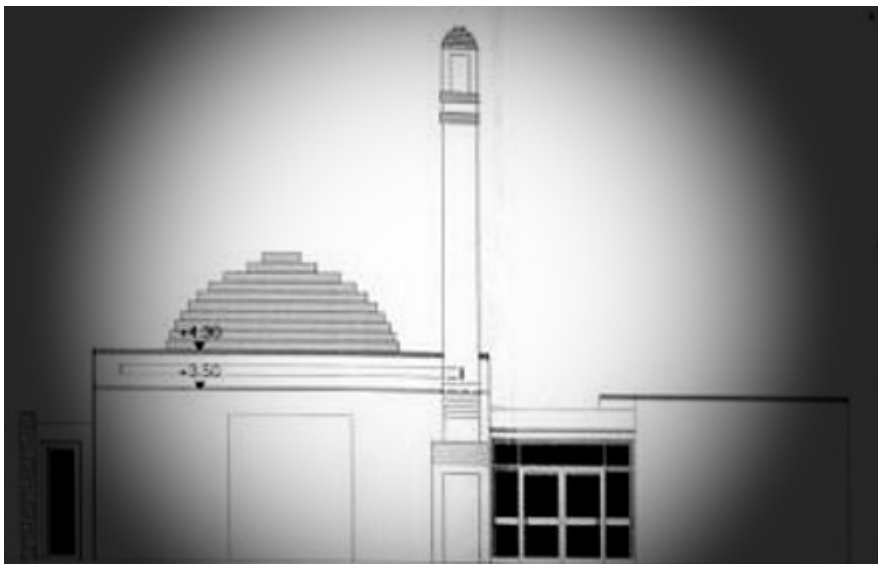
☒ Gegen eine Zahlung von 7.000 Euro hat die Berliner Staatsanwaltschaft die Drogen-Ermittlungen gegen den Grünen-Politiker [Volker Beck eingestellt](#). Beck war vor einigen Wochen in Berlin mit 0,6 Gramm einer „betäubungsmittelverdächtigen Substanz“, wie es hieß, mit einer der gefährlichsten Drogen – [Crystal Meth, erwischt worden](#). Danach war er von all seinen politischen Ämtern zurückgetreten. Auf seiner [Internetseite](#) bezeichnet er die Tat als „dumm“, beruft sich aber auch darauf, dass es Privatsache sei. Und er schreibt, er habe sich immer dafür eingesetzt Menschen nicht zu kriminalisieren, wenn sie Drogen konsumierten, habe selbiges aber nie verharmlost. Dass das ein Widerspruch ist scheint ihm nicht aufzufallen, vielleicht liegt das ja am „privaten Drogenkonsum“.

Nun will er zurück in die Politik, in welcher Form müsse die Grünen-Fraktion entscheiden. Fraktionschef Hofreiter freut sich jedenfalls dass der ~~pädophile Junkie~~ Politiker sein Mandat behalten will.

Wir halten also fest, wer die GEZ-Zwangsabgabe nicht bezahlt, wird wie Sieglinde Baumert ([PI berichtete](#)) in staatlich erzieherischer Absicht eingesperrt. Besitzt (konsumiert oder benötigt sie als Tauschware?) ein Politiker harte Drogen ist das „Privatsache“. (lsg)



Ahmadiyya will Moschee in Chemnitz bauen



Im September beginnen sie mit dem Bau ihrer Moschee in Leipzig-Gohlis, und jetzt nehmen sie schon das nächste Ziel in Sachsen ins Visier: Die Ahmadiyya stellte bereits einen Bau-Vorantrag für Chemnitz. Dort wollen sie ein Korankraftwerk mit Kuppel und Minarett errichten. 100 Mohammedaner sollen in dem „Gebets“-Raum Platz haben. Diese Islamsekte verfolgt hartnäckig ihr Ziel, Deutschland mit 100 Allah-Tempeln zuzupflastern. Nach außen geben sie sich friedlich und harmlos („Liebe für alle, Hass für keinen“) aber ihre Ziele sind durch Aussagen ihrer Gründungsfiguren klar festgelegt: Eliminierung des Christen- und Judentums sowie Herrschaft des Islams.

(Von Michael Stürzenberger)

Die Leipziger Volkszeitung [berichtet](#):

Ein Bauvorantrag für das Gotteshaus mit Kuppel und Minarett sei bereits Ende vergangenen Jahres bei der Stadt eingereicht worden, sagte der Vorsitzende der Gemeinde in Sachsen, Rashid Nawaz. Weitere von der Stadt angeforderte Unterlagen habe man nachgereicht. „Jetzt warten wir auf Antwort von der Stadt.“ Geplant sei der Bau auf einem Grundstück in Zentrumsnähe.

Nawaz zufolge hat die Ahmadiyya-Gemeinde in Chemnitz rund 40 Mitglieder. „Zur Zeit beten wir freitags in einer Wohnung.“ Bei Veranstaltungen oder wenn sich mehr als zehn Mitglieder zum Freitagsgebet treffen wollten, werde ein Saal in einer Jugendeinrichtung angemietet.

Die Bild [ergänzt](#):

Die Moschee soll in der Bernhardstraße 15 neu erbaut werden – ein Gebetsraum für 100 Personen mit Kuppeldach und Minarett (aber ohne Muezzin). Die Gemeinde hat derzeit 40 Mitglieder.

„Mit dem Eigentümer des Grundstücks ist ein Vorvertrag geschlossen“, sagt Nawaz. „Genehmigt die Stadt den Bau, so ist die Gemeinde zum Kauf, der Eigentümer zum Verkauf des Grundstücks verpflichtet.“

Die Ahmadiyya-Moslems haben in Deutschland rund 40 000 Mitglieder, die in 220 Gemeinden organisiert sind. Sie unterhalten derzeit 47 Moscheen in Deutschland, wollen ihre Zahl auf 100 steigern.

Die Morgenpost [meldet](#):

Geplant ist auf dem rund 1400 Quadratmeter großen Grundstück ein Gotteshaus für rund 100 Muslime. Der viereckige Bau soll sich in Richtung der muslimischen Kultstätte Mekka richten.

Außerdem planen die Verantwortlichen, das Gebäude mit einer

Kuppel und einem Minarett zu versehen. Der Standort im zentralen Wohngebiet Lutherviertel ist bewusst gewählt. Nawaz: „Moscheen sollten zentrumsnah gebaut werden, nicht irgendwo am Stadtrand. Muslime dürfen nicht ausgegrenzt werden.“

Weiterhin will der Verein in Chemnitz und 38 weiteren Ortschaften mit Flyer-Aktionen für einen friedlichen und toleranten Islam werben.

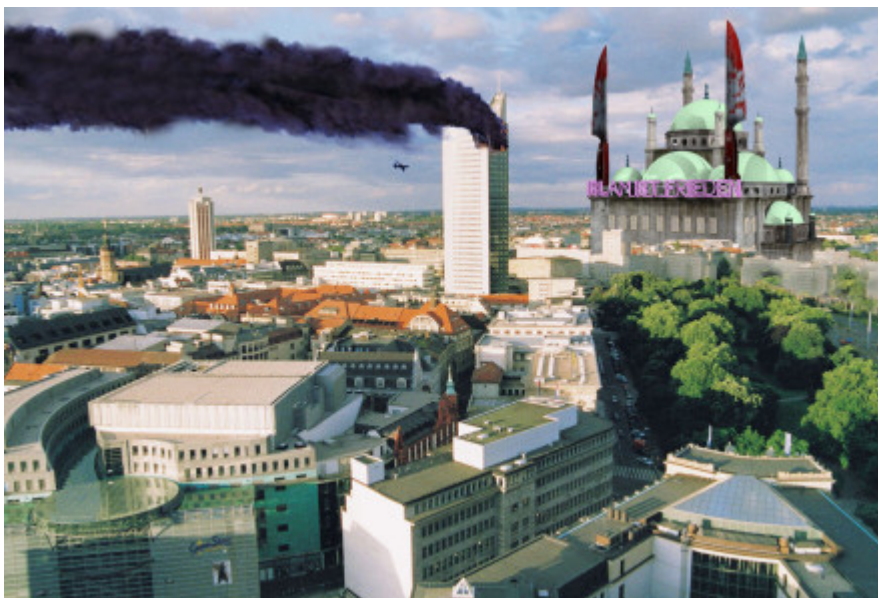
Bisher hat Chemnitz drei verzeichnete Moscheen, in welchen sich rund 490 Gläubige versammeln. Das sind aber eher Gebetsräume, keine klassischen Bauten. Die Gemeinde „Fatih Camii“ trifft sich an der Zieschestraße 13.

Im März führte die Bürgerbewegung Pax Europa in Marburg [eine Aufklärungskampagne](#) durch, um die Bürger, Medien und Politiker über die Gefährlichkeit der Ahmadiyya zu informieren. Dies könnte ein Vorbild für ähnliche Aktionen in Chemnitz sein. Als diese Sekte am Pfingstmontag 2014 den Ausbau ihres Bücktempels in Neufahrn bei München eröffnete, führte die Partei Die Freiheit [eine Protestkundgebung](#) durch. Auf Plakaten war die Bedrohung gut illustriert, die von diesen moslemischen Kolonisten ausgeht:





Die Bürger in Chemnitz sollten dieses weitere Puzzlestück der islamischen Invasion nicht widerspruchslos hinnehmen, sondern mit argumentativen Mitteln des gewaltfreien Bürgerprotestes dagegenhalten. Und falls ein Ahmadiyya-Weichspüler versucht, einen einzulullen, nie vergessen:



Zeitlos aktuell ist in diesem Zusammenhang auch der Artikel von Dr. Gudrun Eussner [zur Eroberung von Territorium](#) durch den Islam mit Hilfe des Moscheebaus.



Le Pen rügt Türkei-Deal von Merkel scharf

✘ Marine Le Pen (Foto), Chefin des französischen Front National, wirft in einem Interview mit dem russischen [Sender Lifenews](#) der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel im Zusammenhang mit dem [Türkei-Deal](#) „[echten Verrat](#)“ vor. Erdogan zeige eine nicht akzeptable Haltung gegenüber dem IS und kaufe sogar Öl von den Terroristen. Das Abkommen, wonach Europa syrische „Flüchtlinge“ aus der Türkei übernehme und diese im Gegenzug jene Eindringlinge zurücknehme, die ab dem 20. März von da aus in die EU kamen, sei ein ernsthaftes demokratisches Problem, findet Le Pen.

„Zunächst einmal verfügt Frau Merkel nicht über die notwendigen Befugnisse. Zweitens handelte sie gegen den Willen der Mehrheit der Menschen in Europa. Sie führte Gespräche mit Erdogan zu inakzeptablen Bedingungen, wie zum Beispiel die sechs Milliarden Euro Subventionen, Visafreiheit für Türken und sogar die Aufnahme der Türkei in die EU – etwas, das Frankreich nie wollte. Dies ist ein echter Verrat und Verrat an den Menschen“, sagt Le Pen.

„Wir sind gegen eine Aufnahme der Türkei in die EU und bestehen auf der Freiheit der Franzosen, sich zu weigern, der von Merkel auferlegten Richtung zu folgen“, führte die Parteichefin aus. Sie warf den Türken Erpressung vor und macht

klar, dass die Türkei nicht in die EU gehöre. „Die Türkei ist dabei, die Beziehungen zu islamischen Fundamentalisten zu etablieren. Das ist gegen die Interessen unseres Landes. Außerdem, es tut mir leid das zu sagen: Die Türkei ist kein europäisches Land, weder historisch, noch kulturell oder geographisch. Das bedeutet, sie kann kein Teil der Europäischen Union sein“, so Le Pen. (lsg)



Fulda: Asylunterkunft ohne Baugenehmigung



Kommt Ihnen das

bekannt vor: Sie haben beim Bauen einen Mindestabstand zum Nachbargrundstück um wenige Zentimeter zu gering gewählt, die Höhe des Ober-Geschosses ist ein halber Meter zu viel, baustatisch alles in Ordnung, aber: In solchen Fällen ist dann „Rückbau“ angesagt oder umgangssprachlich: Abriss. Das gilt für Deutsche bzw. für deutsche Steuerzahler. An denen lassen

deutsche Beamte gerne ihre penible Genauigkeit und ihren persönlichen Selbsthass aus, denn: Da ist es erlaubt. Wenn es jedoch um illegale Einwanderer geht, die ohne Papiere unsere Grenze überschritten haben, mit dem Wunsch und dem Anspruch auf All-Inclusive-Ferien in Deutschland bis an ihr Lebensende, dann sieht die Sache plötzlich anders aus.

Das Baurecht, demzufolge in Gewerbegebieten / Sondergebieten keine Wohnbebauung vorgenommen werden darf, wurde für die Anspruchshalter ja bereits angepasst, damit die Asylindustrie auf Kosten des Steuerzahlers auch noch den letzten maroden Baumarkt aufpeppen und zu horrenden Preisen an die Gemeinden vermieten kann. In Petersberg, Kreis Fulda, ist es das Gebäude einer ehemaligen Zeitarbeitsfirma, das jetzt zu neuem Glanz und Gewinn geführt werden soll.

Auf dem ehemaligen Areal des Personalüberlassung-Unternehmens ‚Rübsam-Fachkräfte‘ im Gewerbegebiet von Petersberg (Kreis Fulda) entsteht eine Flüchtlingsunterkunft für rund 170 Menschen. [...]

Die ehemalige Rübsam-Zentrale und ein Neubau in Holzbauweise sind für Flüchtlinge vorgesehen.

Dass die Unterkunft im Gewerbegebiet liegt, ist (l)egal, dank dem Steuergeldüberlassungs-unternehmen ‚Merkel-Fachkräfte‘. Allerdings war die Vorfreude auf das große Geld wohl so groß, dass man mit den Arbeiten anfing, bevor überhaupt eine Baugenehmigung vorlag. Der Neubau in Holz existiert bereits und die Umbauarbeiten am nicht mehr benötigten Gebäude des Menschenverleihs sind auch schon im Gange, wie sich den [Osthessen News](#) entnehmen lässt.

Eine Baugenehmigung liegt nicht vor. Trotzdem wurde bereits gebaut, es wurde der Brandschutz überprüft (und nicht für ausreichend befunden). Ein Mietvertrag wurde geschlossen und läuft bereits seit dem 1. April 2016. Aber eine Baugenehmigung liegt nicht vor.

Hier ist zu sehen, wie der Landrat des Fuldakreises, Bernd Woide (CDU), den von ihm protegierten Schwarzbau für Illegale verteidigt und rechtfertigt:

„Landrat Bernd Woide (CDU) erklärte am Freitagnachmittag allerdings auf Nachfrage von OSTHESSEN|NEWS: „Die Baugenehmigung wird nächste Woche von uns als Behörde erteilt.“ Mit der Gemeinde Petersberg und Bürgermeister Karl-Josef Schwiddessen (CDU) sei man sich einig. [...]

„Das Ausstellen der Baugenehmigung ist reine Formsache. Wir haben ein Konzept und der Antrag des Bauherrn liegt uns vor. Sowohl planungsrechtlich als auch bauordnungsrechtlich gibt es keine Einwände“, so der Fuldaer Landrat. Alle offenen Fragen – auch in punkto Brandschutz – seien mittlerweile geklärt.

Probieren Sie das doch als privater Bauherr demnächst auch einmal aus: ‚Baugenehmigung? Habe ich nicht. Ist aber alles in Ordnung. Den Brandschutz habe ich selbst überprüfen lassen und die Mängel wurden auch beseitigt. Einwände vom Bürgermeister gibt es nicht, wie er mir versichert hat. Übrigens habe ich die Wohnung ja auch schon vermietet, an einen deutschen Obdachlosen, von der Straße. Der braucht die Wohnung dringend. Ich reiche die Baugenehmigung dann nächste Woche nach.‘

Kontakt:

Landkreis Fulda
Landrat Bernd Woide
Wörthstraße 15
36037 Fulda
Tel.: (06 61) 60 06-0
oder 0661-115 (Zentrale)
Fax: (06 61) 60 06-4 49
info@landkreis-fulda.de

(Spürnase: Harald)